

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Verkehr und Mobilitätswende
Amt A Rechtsabteilung
Verkehrsgewerbeaufsicht
Omnibus- und U-Bahnverkehr
Alter Steinweg 4
20459 Hamburg

Beachten Sie bitte folgende Hinweise:

Reicht der vorgesehene Platz nicht aus, machen Sie alle weiteren Angaben auf Beiblättern, die dann als Anlagen gekennzeichnet werden sollten.

Die personenbezogenen Daten dieses Antrages werden auf Grund von § 12 PBefG erhoben.

Die Bearbeitung Ihres Antrags wird von einer Vorauszahlung in Höhe von 75% der voraussichtlich entstehenden Gebühren abhängig gemacht.

Antrag

auf Erserteilung einer Genehmigung
auf Erneuerung einer Genehmigung
auf Änderung / Erweiterung / Übertragung

für einen Linienverkehr nach § 42 Personenbeförderungsgesetz (PBefG)
für einen Personenfernverkehr nach § 42a PBefG
für Stadtrundfahrten im Linienverkehr
für einen grenzüberschreitenden Linienverkehr nach §§ 42, 42a, 52 PBefG
für einen Verkehr mit Straßenbahnen

1. Antragsteller/ in				
Name/ Firma des/der Antragsteller(s)/ in (genaue Bezeichnung des Unternehmens, ggf. laut Handelsregistereintragung)				
Amtsgericht		Handelsregisternummer		
Betriebssitz (PLZ, Ort, Straße einschließlich aller Zweigniederlassungen)				
Telefon	Telefax	E-Mail		
2. Angaben über alle vertretungsberechtigten Personen (ggf. auf gesonderter Liste)				
a) Familienname (ggf. auch Geburtsname)		Vornamen (Rufname unterstreichen)	Doktorgrad	Geschlecht
Funktion im Unternehmen (Aufgabengebiet)				
Geburtsdatum	Geburtsort	Geburtsstaat	Staatsangehörigkeit	
Wohnsitz (PLZ, Ort, Straße)				
b) Familienname (ggf. auch Geburtsname)		Vornamen (Rufname unterstreichen)	Doktorgrad	Geschlecht
Funktion im Unternehmen				
Geburtsdatum	Geburtsort	Geburtsstaat	Staatsangehörigkeit	
Wohnsitz (PLZ, Ort, Straße)				

7.	Bei beantragter Erneuerung/ Änderung/ Erweiterung		
	Die z. Zt. Geltende Genehmigung wurde erteilt von:		
	am		und ist befristet bis zum
8.	Grenzübergangsstellen im internationalen Linienverkehr von / nach Nicht-EU-Mitgliedstaaten		
	Hinfahrt:		
	Rückfahrt:		
9.	Die Gültigkeitsdauer der beantragten Genehmigung soll betragen:		
	Jahre (Höchstdauer 10 Jahre / bei Straßenbahnen 15 Jahre)	von	bis
	Anzahl der benötigten Genehmigungsurkunden		
10.	Angaben über Ihren ausländischen Kooperationspartner:		
	Name/ Firma des Kooperationspartners (genaue Bezeichnung des Unternehmens, ggf. laut ausl. Registereintragung)		
	Ausländisches Registergericht	Ausländische Registernummer	
	Betriebssitz (PLZ, Ort, Straße, Land)		
	Verantwortliche Person:		
	Name (ggf. auch Geburtsname)		Vornamen (Rufname unterstreichen)
	Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit
	Wohnsitz (PLZ, Ort, Straße)		
11.	Welche anderen Verkehrsunternehmen sind Ihres Wissens im Einzugsbereich des beantragten Linienverkehrs tätig (nicht im Personenfernverkehr, ggf. auf gesondertem Blatt)?		
	a) Name des Unternehmens		
	Linienverkehr	Sonderform des Linienverkehrs	
	von	nach	
	Eine Überlagerung mit dem beantragten Linienverkehr ergibt sich auf folgenden Strecken:		
	b) Name des Unternehmens		
	Linienverkehr	Sonderform des Linienverkehrs	
	von	nach	
	Eine Überlagerung mit dem beantragten Linienverkehr ergibt sich auf folgenden Strecken:		

12.	Welche Verbesserungen sind mit der Neueinrichtung/ Änderung/ Erweiterung verbunden (insbesondere im ÖPNV, aber auch im Personenfernverkehr, falls Ausnahmen für eigentlich unzulässige Personenbeförderungen nach § 42a Satz 2 PBefG beantragt werden, z.B. Haltestellenabstand nicht mehr als 50 km / Schienenpersonennahverkehr bis zu einer Stunde)?
13.	Angaben über die Anzahl, die Art und das Fassungsvermögen (Sitz- und Stehplätze) der zu verwendenden Fahrzeuge (KOM und PKW), ggf. auf gesonderter Liste
	<p>Gesamtanzahl der für diese Linie einzusetzenden KOM: PKW:</p> <p>Gesamtanzahl der im Unternehmen eingesetzten KOM: PKW: (einschließlich eingesetzter Unterauftragnehmer)</p>
14.	Als Anlage sind beigefügt (die bereits gekennzeichneten <input checked="" type="checkbox"/> Anlagen sind stets erforderlich; die Anzahl der einzureichenden Ausfertigungen entnehmen Sie bitte dem jeweiligen Merkblatt):
	<ul style="list-style-type: none"> <input checked="" type="checkbox"/> Jahresabschluss, ggf. Eigenkapital- und Zusatzbescheinigung oder Vermögensübersicht zum Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit des/der Antragsteller(s)/in im Original <input checked="" type="checkbox"/> Fahrplan und Haltestellenverzeichnis mit Angabe der Linienlänge, bei Unterwegsbedienung auch der Teilstrecken, in Kilometern <input checked="" type="checkbox"/> Übersichtskarte mit Eintragungen des Linienvverlaufs, der Haltestellen und vorhandenen Verkehrsunternehmen <input checked="" type="checkbox"/> Beförderungsentgelte (nicht im nationalen Personenfernverkehr) und -bedingungen <input checked="" type="checkbox"/> Bescheinigung(en) des Finanzamtes in Steuersachen und ggf. Unbedenklichkeitsbescheinigung der Gemeinde für den/die Antragsteller/in und alle verantwortlichen Personen sowie den Verkehrsleiter im Original <input checked="" type="checkbox"/> Bescheinigung(en) der zuständigen Stellen über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge zur sozialen Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung für den/die Antragsteller/in und alle verantwortlichen Personen sowie den Verkehrsleiter im Original <input checked="" type="checkbox"/> Bescheinigung(en) der Berufsgenossenschaft über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge zur Unfallversicherung für den/die Antragsteller/in und alle verantwortlichen Personen sowie den Verkehrsleiter im Original <input checked="" type="checkbox"/> Führungszeugnis nach § 30 Abs. 5 BZRG für alle vertretungsberechtigten Personen und den Verkehrsleiter zur Vorlage bei einer Behörde <input checked="" type="checkbox"/> Fachkundebescheinigung der Handelskammer für den/die Antragsteller/in und/oder für den Verkehrsleiter / die verantwortliche fachkundige Person (beglaubigte Kopie) <input checked="" type="checkbox"/> Gewerbeanmeldung <input checked="" type="checkbox"/> Unterlagen zum Nachweis des Beschäftigungsverhältnisses des Verkehrsleiters, sofern der Verkehrsleiter nicht selbst der Unternehmer ist, z.B. Anstellungsvertrag oder Beauftragung <ul style="list-style-type: none"> Übersicht über die Lenk- und Ruhezeiten Eintragung in das Handels- oder Genossenschaftsregister Gesellschaftsvertrag Kooperationsvertrag Nachweis über einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag
15.	Bemerkungen

16.	<p>Ich/ Wir versichere/ n, dass ich/ wir die Angaben in diesem Antrag und in den beigefügten Anlagen, die Bestandteil dieses Antrages sind, nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe/ n.</p> <p><u>Nur im internationalen Verkehr:</u> Ich versichere, den Verkehrsdienst erst aufzunehmen, wenn alle Genehmigungen der beteiligten Staaten vorliegen.</p> <p>Mit der Einholung weiterer Auskünfte durch die Genehmigungsbehörde aus den einschlägigen Registern erkläre ich mich einverstanden.</p> <p>Die nachfolgenden Hinweise zum Datenschutz habe ich zur Kenntnis genommen:</p> <p>Die Verwaltungsbehörde ist nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 des europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 verpflichtet, Angaben über Inhaber von Berechtigungen für den gewerblichen Güterkraft- und Personenverkehr sowie über die Personen der geschäftsführungs- und vertretungsberechtigten Gesellschafter, der gesetzlichen Vertreter und des Verkehrsleiters in einem Unternehmen einschließlich Angaben über die Bescheinigung der fachlichen Eignung des Verkehrsleiters nach Maßgabe des § 2 Absatz 1 der Verkehrsunternehmensdatei-Durchführungsverordnung (VUDat-DV) in Verbindung mit Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EG) 1071/2009 an die Verkehrsunternehmensdatei beim Bundesamt für Güterverkehr zu übermitteln.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass die in § 2 Absatz 3 VUDat-DV in Verbindung mit Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EG) 1071/2009 aufgeführten Informationen im öffentlich zugänglichen Bereich der Verkehrsunternehmensdatei gespeichert und für Jedermann über das Internet unter www.verkehrsunternehmensdatei.de einsehbar sind.</p> <p>Die Verwaltungsbehörde ist im Falle der Untersagung der Führung von Güterkraft- und Personenverkehrsgeschäften verpflichtet, die Untersagung mit Identifizierungsdaten über die Person des Betroffenen an das Bundesamt für Güterverkehr als nationale Kontaktstelle nach Artikel 18 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1 071/2009 zu übermitteln. Das Bundesamt für Güterverkehr ist als nationale Kontaktstelle nach Maßgabe des § 17 Absatz 5 Satz 1 GüKG verpflichtet, auf Anfrage Auskunft über Personen, denen eine deutsche Behörde die Führung von Verkehrsgeschäften untersagt hat, an nationale Kontaktstellen anderer Mitgliedstaaten zu erteilen, sofern dies für die Prüfung von Berufszugangsvoraussetzungen erforderlich ist.</p>	
	Ort, Datum	Unterschrift des/der Antragstellers/in
	Firmenstempel (falls vorhanden)	